

# Vorwort

Während in früheren Jahren die Polizeigesetze der Länder eher punktuell verändert wurden, ist seit ca. drei Jahren eine regelrechte „Novellierungswelle“ auszumachen. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle Bundesländer das jeweilige Landespolizeigesetz bereits reformiert oder eine entsprechende Reform auf den Weg gebracht. Trotz einiger Unterschiede in den Details ist ein einheitlicher Trend auszumachen: Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungsszenarien statten die Landesgesetzgeber ihre Polizeibeamten mit neuen Befugnissen – insb. im Bereich der Datenerhebung – aus.

Auch der Sächsische Landtag hat sich dieser Entwicklung angeschlossen. Am 10.4.2019 wurde das Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechtes des Freistaates Sachsen beschlossen. Artikel 1 dieses Gesetzes bildet das neue Sächsische Polizeivollzugsdienstgesetz (SächsPVDG), das mit Inkrafttreten am 1.1.2020 die maßgebliche Handlungsgrundlage für das präventivpolizeiliche Tätigwerden der Polizeivollzugsbeamten im Freistaat Sachsen darstellt. Die Polizeibehörden hingegen unterfallen – im Unterschied zur alten Rechtslage – einer eigenständigen gesetzlichen Grundlage, nämlich dem Sächsischen Polizeibehördengesetz (SächsPBG).

Das SächsPVDG unterscheidet sich in seiner grundlegenden Struktur nicht maßgeblich vom früheren Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (SächsPolG). Die einzelnen Teile des Gesetzes sind jedoch – teils erheblich – umgestaltet bzw. erweitert worden.

Dabei ist zunächst festzustellen, dass der für den „gewöhnlichen Beamten“ praktisch bedeutsamste Teil, nämlich der Teil 2 des SächsPVDG, in dem sich u. a. die polizeiliche Generalklausel, die sog. Standardmaßnahmen und der polizeiliche Zwang befindet, in weiten Teilen unverändert geblieben ist. Zwar hat der Gesetzgeber diesen Bereich neu durchnummeriert, einzelne Normen überarbeitet und vereinzelt neue Befugnisse implementiert. Die im täglichen Dienst regelmäßig genutzten Instrumente (Generalklausel, Identitätsfeststellung, Platzverweis, Durchsuchung etc.) und deren zwangsweise Durchsetzung haben sich jedoch nicht maßgeblich verändert.

Elementar geändert und erweitert wurde die präventivpolizeiliche Datenerhebung bzw. Datenverarbeitung, wie bereits eine rein quantitative Betrachtung zeigt. Während im SächsPolG dieser Bereich 17 Paragraphen umfasste (§§ 35–51 SächsPolG), nimmt der Teil 3 „Befugnisse zur Datenverarbeitung“ im neuen SächsPVDG insgesamt 44 Paragraphen ein (§§ 53–96 SächsPVDG). Dies hängt zum einen mit der Ausweitung polizeilicher Befugnisse (etwa im Bereich der Telekommunikationsüberwachung) zusammen. Zum anderen ist es der Umsetzung europarechtlicher Datenschutzvorgaben geschuldet.

Aufgrund der umfassenden Reform des Polizeirechts stellt die Neuauflage des vorliegenden Buches keine bloße Aktualisierung dar, sondern eine – auf der Basis der Voraufgabe beruhende – Neufassung des Werks. Der Anspruch der Autoren, die als Professoren für Recht an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) maßgeblich an der Ausbildung der sächsischen Polizeibeamten mitwirken bzw. mitgewirkt haben, hat sich indes nicht verändert: Der Kommentar soll

## **Vorwort**

sowohl Bezugspunkt einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung als auch Orientierung für die polizeiliche Praxis sein.

Die Verfasser danken allen, die zum Entstehen der Neuauflage beigetragen haben, insbesondere Herrn Polizeikommissar Bernard Berg für seine engagierte redaktionelle Mitarbeit sowie Herrn Polizeioberrat Hartwig Elzermann, dessen Arbeit an den Voraufagen im neuen Buch in weitem Umfang fortwirkt.

Über Lob, ergänzende Hinweise und kritische Anmerkungen freuen sich herzlich

Dresden/Rothenburg  
im Juni 2022

Prof. Dr. Henning Schwier  
Prof. Dr. Frank Lohse